

# Vom Kopf auf die Füsse

*Hanspeter Müller/Constantine Bobst, INTERTEAM, Windhoek/Namibia*

In der ersten Zeit war alles neu. Es war schwer, den Wahrheitsgehalt und die Bedeutung der Dinge zu erfassen. Also nahmen wir das Neue begierig auf und unterschoben ihm die Bedeutungen selbst. So etwa bei den Policy-Dokumenten zu HIV/AIDS der Universität von Namibia (UNAM) und der namibischen Regierung: Sie sind sozial progressiv und inhaltlich up-to-date. Sie spiegeln den internationalen Wissensstand und die international gültigen Ethikstandards. „Die nationale Antwort auf die Epidemie“, so heisst es beispielsweise im Nationalen Strategieplan 2004-09, „erfolgt multisektoriell. Sie setzt sich zum Ziel: (1) alle Sektoren, d.h. alle staatlichen Ministerien, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft einzubeziehen; (2) Prävention und Pflege miteinander zu verknüpfen, betroffene Menschen zu unterstützen und ihrer Stigmatisierung entgegenzutreten; (3) die Leistungsfähigkeit der regionalen und lokalen Autoritäten zu stärken, deren Aktivitäten zu koordinieren und kontinuierlich zu beobachten“. Von allen Organisationen und Institutionen, privat oder öffentlich, wird verlangt, dass sie „Leadership“ entwickeln, dass HIV-positive Menschen in Planungen und Programme einbezogen werden und dass jegliche Diskriminierung gegen sie unterbunden werde, wenn nötig durch Änderung der Gesetze. Landesweit müssen zudem Anlaufstellen geschaffen werden, die sowohl präventiv arbeiten als auch die komplexen medikamentösen Behandlungen mit Begleitung anbieten.

Die nationale Strategie ist unter der Leitung des Gesundheitsministeriums erarbeitet und 2005 veröffentlicht worden. Alle gesellschaftlichen Kräfte – öffentlicher Sektor, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft – haben an seiner Entwicklung mitgewirkt. Die Entdeckung dieses richtungsweisenden Regierungsdokumentes erschien uns als grosser Glücksfall. Damit entfiel die Aufgabe, selbst eine konsistente Strategie erarbeiten zu müssen, und wir konnten uns von einem Dokument inspirieren lassen, das über höchste politische Legitimation verfügt. Das Problem, dass Europäer herkommen und den Afrikanern erklären, was sie zu tun haben, war vom Tisch. So glaubten wir.

## **Die von uns konstruierte Bedeutung stimmt nicht**

In der Zwischenzeit hat sich aber herausgestellt, dass die von uns konstruierte Bedeutung dieses Dokumentes an der lokalen Realität vorbei geht. So irritiert etwa, dass der Hinweis auf das offizielle Planpapier regelmässig eine Art mentalen Bückling auslöst, indem auf stereotype Weise Einverständnis signalisiert und Konsens markiert wird. Doch was wie Zustimmung aussieht, ist in Wirklichkeit Ausdruck eines inneren Rückzugs. Verweisen wir auf den Plan, so wird das von Beamten als Wink mit dem Zaunpfahl verstanden. Es löst einen zwangshaften Konformitätsdruck aus, der alles Persönliche ausschliesst. Das Gesicht mimt dann Interesse, doch die Energien des Herzens sind nicht mehr dabei. Und ohne sie läuft hier genau so wenig wie irgendwo sonst auf der Welt.

An höchsten Stellen der Bürokratie lässt sich zwar durchaus eine gewisse Identifikation mit dem Plan feststellen. Die Gründe dafür sind uns jedoch unklar. Spiegelt sich darin höhere Einsicht? Oder ist es,

weil die Spitzen der verschiedenen Organisationen im Rahmen eines partizipativen Verfahrens in die Entwicklung des Plans einbezogen worden waren? Oder dient das Dokument internationalen Organisationen und westlichen Regierungen gegenüber als Nachweis, dass Namibia modern politisiert und darum Unterstützung verdient? Oder zielt das verbale Engagement einzelner Personen darauf, sich bei internationalen Geldgebern in ein positives Licht zu rücken, um damit attraktive Auslandsinsätze, Consultingaufträge oder Forschungsmittel zu ergattern?

Wir wissen es nicht. Nicht zu übersehen ist hingegen die Tatsache, dass AIDS massive Geldströme auslöst. Der Mittelabflusszwang auf Seiten der Donatoren richtet den Blick der Empfänger eher nach oben, wo das Manna herkommt, als nach unten, wo die Probleme liegen, die gelöst werden sollten. Nur die Mitarbeiter in sehr privilegierten Positionen, die direkt mit den internationalen Geldgebern zu tun haben, kümmern sich um Policy Papers. In der Tat ist der *HIV/AIDS Strategic Plan* selbst den Dekanen und den Direktoren der verschiedenen Departemente, nur dem Namen nach bekannt. Das mag zwar genügen, um gesichtswahrend mitreden zu können, wenn es um HIV-Politik geht. Es genügt aber nicht für die so dringende Umsetzung einer HIV/AIDS Politik an der Universität.

Die Strategie von INTERTEAM, statt finanzieller Mittel für Projekte Fachleute zur personellen Stärkung staatlicher und privater Institutionen ins Land zu schicken, scheint im Lichte unserer Erfahrungen das einzig Richtige. Das Problem unserer Arbeit besteht allerdings darin, dass nicht von vorneherein klar ist, worin die Probleme liegen. Es sind meist unerwartete Schwierigkeiten, die neue Lernprozesse erzwingen. Der erste Lernschub bestand für uns darin, die lokalen Verhältnisse so zur Kenntnis zu nehmen, wie sie sich an der Oberfläche darbieten. Dies durchaus im Bewusstsein, dass unsere Partner dazu neigen, uns die Dinge erst einmal so zu präsentieren, wie sie glauben – und oft zu Recht annehmen –, dass wir sie sehen möchten. Als zweites müssen wir nun lernen, den Bedeutungen nachzuspüren, die das lokale Geschehen prägen. Das führt offensichtlich zu etwas anderen Ergebnissen, als wir sie uns anfänglich zusammen reimten. Und drittens wird es nun zunehmend darum gehen, unsere Irritationen wegzustecken und zu fragen, wo in diesem Bedeutungsgeflecht die Ressourcen liegen, die sich für unsere Ziel mobilisieren lassen.

### **Mit Widersprüchen leben**

Verschiedene Beobachtungen veranlassen uns, an und für sich plausible Aktivitäten und Projekte kritisch zu hinterfragen. Zwei Beispiele mögen dies veranschaulichen.

- **Beispiel 1: Forschung als Abwehr.** In Namibia wie in andern Ländern mit hohen HIV Raten ist der Stand des Wissens bei verschiedenen Bevölkerungssegmenten ausgiebig untersucht worden, so auch an der UNAM. Mittlerweile ist der Wissensstand vor allem bei der jungen Generation relativ hoch, wenngleich gewisse Irrtümer weiterhin tief verankert sind (z.B. Annahmen wie: Übertragung von AIDS durch Mücken; Ansteckung durch Küssen; Stillen von Babys unbedenklich; Gleitöl schadet Präservativen nicht etc.). Das Hauptproblem besteht hingegen weniger in mangelndem Wissen, sondern darin, dass vorhandenes Wissen nicht angewendet wird. Man könnte nun aufwändig nach Erklärungen suchen, weshalb das so ist und

was dagegen unternommen werden könnte, oder man könnte Vergleiche mit andern Universitäten in andern Ländern anstellen und diskutieren, worin sich HIV/AIDS Politiken unterscheiden und ob sie sich allenfalls vereinheitlichen liessen etc., etc. Doch sind wir zunehmend überzeugt, dass sich unsere Vision: „Keine Ansteckungen auf dem Campus mehr nach 2009“ ohne gross angelegte akademische Forschungen besser erreichen lässt als mit ihnen. Wir interpretieren die Begeisterung für wissenschaftliche Untersuchungen in erster Linie als Ausweichmanöver und Abwehr von unbequemen Massnahmen (z.B. Alkoholkontrolle, Kontrollen und Disziplin in den Schlaftrakten der Hostels, Verfolgung von sexuellem Missbrauch durch Lehrende etc.) und weniger als Ausdruck eines genuinen wissenschaftlichen Interesses.

- **Beispiel 2: Hilfe als Interessenpolitik.** Die kanadische Entwicklungszusammenarbeit finanziert Bildungsprogramme im Bereich von HIV und AIDS in verschiedenen Ländern des südlichen Afrikas. So unterstützt sie die Entwicklung von Lehrgängen zu HIV und AIDS, die Koordination zwischen verschiedenen Universitäten, dazu Forschungen, begleitende Evaluationen, Studentenaustausch etc. Auffallend ist dabei, dass Inhalte und Methoden der kanadischen HIV/AIDS Politik auf Namibia übertragen werden sollen, ohne dass die zentralen Policy-Dokumente von Namibia oder die Untersuchungsberichte zur Situation an der UNAM den kanadischen Programmverantwortlichen bekannt wären. Lehrgänge werden empfohlen, für die lokal nur geringes Bedürfnis besteht und für welche die erforderlichen Lehrkräfte fehlen. Beispielsweise ist die UNAM bemüht, HIV- und AIDS-spezifische Themen in bestehende Angebote zu integrieren, anstatt neue themenspezifische Lehrgänge zu entwickeln. Das macht für sogenannte Querschnittsthemen, wie HIV und AIDS eines ist, Sinn. Dafür bräuchte die namibische Seite fachliche Beratung. Doch solche Unterstützung bleibt aus, weil sie für die akademischen Interessen der Geldgeber uninteressant ist. Diese brauchen Publikationsmöglichkeiten, Zugang zu Forschungsfeldern und Praktikplätze für ihre Studierenden. Zwar sind solche Interessen aus kanadischer Sicht durchaus legitim. Auf namibischer Seite absorbieren sie jedoch Ressourcen am falschen Ort und lenken die Aufmerksamkeit von notwendigen Aufgaben ab. Entsprechend hoch sind die Kosten aus entgangenem Nutzen von solch unangepasster Hilfe.

Doch auch das UNAM-Management ist in Widersprüche verstrickt: Weshalb sollten sie ihre Forschungen nicht auf fremd gesetzte Themenfelder verlegen, sich nicht zu Konferenzen einladen lassen und die Chance zu publizieren nicht wahrnehmen? Zwar verhindern solche Aktivitäten keine einzige Ansteckung an der UNAM, doch weshalb sollte man die Kanadier daran hindern, ihr Geld in Namibia auszugeben? Hier drängt sich uns eine Gratwanderung auf: Einerseits wollen wir die Kanadier dazu bringen, ihre Projektprioritäten zu revidieren. Andererseits darf der Druck aber keinesfalls so gross werden, dass sie die Lust verlieren, sich an der UNAM weiterhin zu engagieren.

Die beiden Beispiele zeigen, wie die internationale HIV/AIDS Hilfe Fremdbestimmung fördern kann. An der UNAM hat sie bisher nichts zur Senkung der HIV-Prävalenzrate beigetragen. Wiederum spielt Geld eine zwiespältige Rolle. Im zentralen Bereich der HIV-Prävention sehen wir das Hauptproblem heute nicht mehr in erster Linie im Mangel an Geld, sondern in sozialen und politischen Missständen. Diese zu beheben ist viel schwieriger, als internationale Gelder zu mobilisieren. Es dürfte auch wenig nützen, Eigeninteressen und „egoistische“ Motive moralisch anzuprangern. Erfolgversprechender könnte sein, wenn sich der allen Menschen eigene Egoismus auf entwicklungsförderlichere Art einbinden liesse. Müssen akademische Forschungsinteressen wirklich mit lokalen Bedürfnissen in Widerspruch stehen? Lassen sich die ökonomischen Interessen der Hilfsorganisationen wirklich nicht besser mit den Erfordernissen vor Ort verbinden? Wir glauben, da liesse sich einiges erreichen, allerdings nur, wenn man die Tatsache widersprüchlicher Interessen erst einmal akzeptiert. So möchten wir abklären, (a) ob die Wissenschaftler der Universität Toronto ihre Forschungsmittel nicht auch für Projekte bekommen, die Regierungsprioritäten besser entsprechen; (b) ob die soziale Distinktion, die mit der Einladung zu wissenschaftlichen Konferenzen verbunden ist, durch mehr Einfluss auf Realpolitik nicht kompensiert werden könnte; (c) ob ein wissenschaftlicher Beitrag zu messbaren Erfolgen in der HIV-Prävention nicht ebenso viel Befriedigung verschafft wie die selbstbezogene Forschung im akademischen Elfenbeinturm? Das alles mag sehr nach „Realpolitik“ tönen, bildet aber einen Lichtblick auf unsere Arbeit im Jahr 2007.